

Schicksalsstunde im Nahen Osten: Wird die Waffenruhe halten?

Hamas steht unter Druck: Ultimatum von Trump, fragiler Waffenstillstand, Ägyptens Plan zur Entmachtung der Gruppe im Gazastreifen.



Die aktuellen Entwicklungen im Nahost-Konflikt zeigen eine besorgniserregende Lage: Die Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas wird zunehmend fragiler. Am 7. März 2025 hat US-Präsident Donald Trump der Hamas eine ultimative letzte Warnung erteilt, alle Geiseln umgehend freizulassen. In einem angespannten Umfeld drohte ein Hamas-Sprecher, Abu Obeida, damit, dass jede Aggression gegen das palästinensische Volk zur Tötung von Geiseln führen werde. Aktuell werden noch 24 lebende Geiseln sowie 35 Leichname im Gazastreifen festgehalten, unter den lebenden Geiseln befindet sich ein junger Soldat mit israelischer und deutscher Staatsangehörigkeit.

Angeichts dieser angespannten Situation hofft der US-Sondergesandte Steve Witkoff auf Verhandlungen zur Lösung des Konflikts. Er deutet auf mögliche gemeinsame Maßnahmen der USA und Israels gegen die Hamas hin, sollten die Geiseln nicht freigelassen werden. Gespräche zwischen den USA und der Hamas in Katar erörtern Optionen wie eine zweimonatige Verlängerung der Waffenruhe sowie humanitäre Hilfe im Austausch für Geiseln. Währenddessen hat Israel nach dem Ablauf der ersten Phase der Waffenruhe den Stopp aller Hilfslieferungen nach Gaza verhängt.

Reaktion der israelischen Regierung

Die israelische Regierung fordert von der Hamas eine Verlängerung der Waffenruhe und droht mit Krieg, sollte keine Geiselfreilassung erfolgen. Die Hamas hat jedoch eine Verlängerung abgelehnt und möchte zur nächsten Phase übergehen, die das Ende des Krieges sowie den Abzug israelischer Truppen vorsieht. In diesem Kontext kritisierte der deutsche Botschafter Steffen Seibert den Hilfslieferstopp Israels und warnte vor der Gleichsetzung der Bevölkerung Gazas mit der Hamas.

Parallel zu diesen Entwicklungen hat Ägypten einen Plan ausgearbeitet, um die radikal-islamische Hamas im Gazastreifen weitgehend zu entmachten. Der Plan, der beim Gipfeltreffen der Arabischen Liga vorgestellt werden soll, sieht vor, eine Verwaltung einzusetzen, die von einer Koalition arabischer, muslimischer und westlicher Staaten kontrolliert wird. Dies geschieht in Anbetracht von Trumps Plan, der eine Zwangsumsiedlung der palästinensischen Bevölkerung in Nachbarländer vorsieht.

Internationales Engagement und humanitäre Krise

Die Arabische Liga zeigt sich offen für den ägyptischen Plan, der

eine bedeutende Rolle der Hamas im Gazastreifen ausschließt. Es wird erwartet, dass internationale Finanzhilfen für den Wiederaufbau ausbleiben, solange die Hamas die lokale Regierungsführung kontrolliert. Der Plan sieht auch die Einrichtung einer internationalen Stabilisierungstruppe vor, die überwiegend aus arabischen Staaten bestehen soll und für Sicherheit sorgen sowie eine neue örtliche Polizei aufbauen könnte.

Der Konflikt hat nicht nur den Gazastreifen, sondern auch angrenzende Regionen, wie den Libanon, betroffen. Im September 2024 eskalierten die Feindseligkeiten zwischen Israel und Hisbollah, was zu Tod und Vertreibung Hundertertausender Menschen aus dem Südlibanon und anderen Gebieten führte. Diese Gewalt hat bereits zehntausende Menschenleben gefordert und die humanitäre Not im Gazastreifen hat sich gravierend verschlimmert.

Eine Untersuchung von Amnesty International kommt zu dem Schluss, dass Israel einen Genozid an den Palästinenser*innen im Gazastreifen begeht. Die Handlungen Israels fallen dabei unter die Völkermordkonvention, da sie mit dem Vorsatz durchgeführt werden, die Palästinenser*innen als Gruppe zu zerstören. Diese komplexe Situation bleibt sowohl für die betroffenen Menschen als auch für die internationale Gemeinschaft höchst alarmierend.

Details	
Quellen	• www.lippewelle.de • www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de